

N i e d e r s c h r i f t

S c h B A / V I I / 0 9

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 24.01.2007 im Lehrerzimmer der Droste-Hülshoff-Hauptschule des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Kuhl, Horst

Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa

Haßler, Christa

Isfort, Mechthild

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Neumann, Michael

Vertretung für Herrn Hartwig Mensing

Rottmann, Josef

Vertretung für Herrn Ralf Steindorf

Schenk, Klaus

Vertretung für Herrn Ulrich Wessendorf

Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Remke, Carsten

Enting, Hans-Jürgen

Rektor

Kahlert, Alexander

Rektor

Müller, Josef-Karl

Rektor

Vennemann, Gabriele

Rektorin

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Fuchs, Maria

Schriftführerin

Als vortragender Gast zu TOP 2 ö.S.

Dülker, Johanna

Kreisjugendamt

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Mensing, Hartwig

Schnieder, Nadine

Steindorf, Ralf

Wessendorf, Ulrich

Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Banse, Otto Pfarrer
Hambrügge, Hubert Pfarrer
Klapprodt, Anke Pastorin
Langenheder, Renate Pas-
torin

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kuhl, eröffnete die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die anwesenden beratenden Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 15. Januar 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Ausschussvorsitzender Kuhl gem. §§ 26 und 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Rosendahl, den Tagesordnungspunkt **5 – Informationen über die Entwicklung der Kinderzahlen für das Kindergartenjahr 2007/2008** – vor Punkt 2 vorzuziehen, damit die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Vertreterin des Kreisjugendamtes Coesfeld, Frau Dülker, nicht unnötig lange an der Sitzung teilnehmen müssen. Die anderen Punkte rückten entsprechend auf. Der Ausschuss stimmte dieser Änderung der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Informationen über die Entwicklung der Kinderzahlen für das Kindergartenjahr 2007/2008 Vorlage: VII/477

Ausschussvorsitzender Kuhl begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dülker, Leiterin des Kreisjugendamtes Coesfeld.

Frau Dülker erläuterte die Zuständigkeit des Kreisjugendamtes für die Kindergartenbedarfsplanung. Die Kindergartenbedarfsplanung sei Teil der Jugendhilfeplanung. Im Ergebnis solle ein verlässliches, am aktuellen Bedarf orientiertes Betreuungsangebot stehen. Alle zwei Jahre finde eine Fortschreibung statt. In Rosendahl ergab sich danach in der Vergangenheit eine bedarfsgerechte Versorgung, die jedoch immer sehr eng gewesen sei. Für das Kindergartenjahr 2007/08 war erwartet worden, dass sich die Situation in Holtwick entspannen würde und dass daraus resultierend ggf. die Betreuung von unter Dreijährigen (U3-Betreuung) angeboten werden könne.

Frau Dülker stellte anschließend die aktuellen Anmeldezahlen (sind dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt) in den einzelnen Ortsteilen kurz dar. Erfreulich sei, dass alle Kinder über 3 Jahre in Rosendahl einen Kindergartenplatz erhalten könnten. In Holtwick stelle sich die Situation aber so dar, dass 26 Plätze frei bleiben. Während es in Darfeld und Osterwick nach der Anmeldung Bedarf für eine U3-

Betreuung gebe, sei in Holtwick dagegen trotz Werbung in der Presse kein Kind unter 3 Jahren angemeldet worden.

Die Katholische Kirchengemeinde als Träger des St.-Nikolaus-Kindergartens habe deutlich gemacht, dass ein Offenhalten der vierten Gruppe nicht möglich sei und dass diese Gruppe geschlossen werde. Dies sei für Rosendahl sehr bedauerlich.

Pastor Remke erläuterte die momentane Situation aus Trägersicht. Nach den vorliegenden Anmeldezahlen sei die vierte Gruppe im St.-Nikolaus-Kindergarten nicht mehr erforderlich. Die vierte Gruppe sei seinerzeit nur befristet eingerichtet worden, weil ansonsten in Holtwick nicht ausreichend Kindergartenplätze vorhanden gewesen seien. Diese Gruppe verfüge über keine Nebenräume, so dass auch aus diesem Grunde die Gruppe geschlossen werden solle.

Auch aus finanzieller Sicht könne diese Gruppe nicht fortgeführt werden.

Darüber hinaus verwies Pastor Remke darauf, dass das Land begonnen habe, das Einschulungsalter der Kinder vorzuziehen. Dies werde zukünftig auch Auswirkungen auf die Anzahl der benötigten Kindergartenplätze für Kinder über 3 Jahren haben.

Frau Dülker verwies auf das Ziel der Landesregierung, langfristig in Nordrhein-Westfalen flächendeckend Familienzentren einzurichten. Es sei vorgesehen, die Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln, in denen Kinder individuell gefördert und Familien umfassend beraten und unterstützt werden. Ziel sei die Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen mit Angeboten der Beratung und Hilfe für Familie. Bislang seien im Kreis Coesfeld in Billerbeck, Coesfeld und Nottuln Versuchsprojekte gestartet worden.

Die Ausführungen von Frau Dülker wurden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3 Sachvortrag des neuen Schulleiters der Droste-Hülshoff-Schule zum Thema: "Die Hauptschule stellt sich vor" Vorlage: VII/470

Herr Enting bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern für die Möglichkeit, die Droste-Hülshoff-Schule vorzustellen. Er wolle durch seine Ausführungen ein anderes Bild von Hauptschule vermitteln.

Anschließend stellte Herr Enting im Rahmen einer Power-Point-Präsentation die Hauptschule ausführlich vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage II** beigelegt.

Herr Enting wies im Verlaufe seines Vortrages u.a. auf das im Schuljahr 2006/2007 neu eingerichtete Betreuungsangebot „13 plus“ hin. In der Betreuungsgruppe werde sehr gute Arbeit zum Wohle der Kinder geleistet, erste Erfolge im schulischen als auch im zwischenmenschlichen Bereich seien bereits zu verzeichnen. Die Eltern seien gut zufrieden und würden ihre Zufriedenheit auch ihm gegenüber artikulieren. Das Angebot laufe vorzüglich und solle so fortgeführt werden. Er äußerte daher die Bitte an den Ausschuss, auch zukünftig auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an diesem Angebot zu verzichten. Ansonsten befürchte er, dass weniger Kinder, insbesondere aus sozialschwachen Familien, angemeldet und teilnehmen würden.

Anschließend bedankte sich Ausschussvorsitzender Kuhl für die umfangreiche Darstellung über die Hauptschule. Er richtete den Appell an die Presse, die einzige wei-

terführende Schule am Ort im Rahmen der Pressearbeit wie bisher positiv zu begleiten. Herr Wittenberg möge im Rahmen seiner Berichterstattung ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass alle drei Schulabschlüsse der Sekundarstufe I (Hauptschulabschluss nach Klasse 9, Hauptschulabschluss nach Klasse 10 und mittlere Reife) an der Hauptschule erreicht werden können.

Bezugnehmend auf eine diesbezügliche Nachfrage von Ausschussmitglied Neumann wies Herr Enting darauf hin, dass die Eltern in die Berufswahlvorbereitung mit eingebunden werden. Die Eltern seien eine ganz wesentliche Schnittstelle zwischen Schule und Beruf.

Auf weitere Nachfrage von Ausschussmitglied Neumann erläuterte Herr Enting, dass derzeit das sog. Streitschlichterprojekt nicht durchgeführt werde. Er halte es jedoch für sinnvoll, über die Einführung nachzudenken.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Haßler zur Computerausstattung der Hauptschule wies Herr Enting darauf hin, dass die Rechner im alten Computerraum nach und nach abgängig seien. Es sei technisch nicht einfach, diese einzeln zu ersetzen. Er sehe daher die Notwendigkeit, den alten Computerraum komplett mit neuen Computern auszustatten. Die Kosten würden sich auf etwa 25.000 € belaufen.

4 **Betreuungsangebot "13 Plus" an der Droste-Hülshoff-Hauptschule; hier: Weiterer Verzicht auf die Erhebung von Elternbeiträgen Vorlage: VII/471**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Haßler fragte nach der Höhe der möglichen Einnahme durch die Erhebung von Elternbeiträgen. Ausgehend von 30 teilnehmenden Kindern würde sich die geschätzte Einnahme bei einem durchschnittlichen monatlichen Elternbeitrag von 20,00 € auf etwa 7.200,00 € pro Jahr belaufen, so Produktverantwortliche Fuchs.

Bürgermeister Niehues erinnerte die Ausschussmitglieder daran, dass durch die Erhebung von Elternbeiträgen zwangsläufig die Teilnehmerzahlen zurückgehen. Hier bestehe die Gefahr, dass die Voraussetzungen für die Landesförderung aufgrund des Unterschreitens der Mindestteilnehmerzahl nicht mehr gegeben seien. So sei es für den Erhalt der Landesförderung in Höhe von 7.500,00 € pro Gruppe erforderlich, dass 15 Kinder an dem Betreuungsangebot „13 plus“ an der Hauptschule teilnehmen. Ergänzend wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass ab 26 Teilnehmer pro Tag eine zweite Gruppe gemeldet und gefördert werden könne.

Ausschussmitglied Neumann dankte zunächst der Kolpingsfamilie Osterwick als Träger der Maßnahme für die qualifizierte Arbeit, die in der Betreuungsgruppe geleistet werde. Hinsichtlich des verwaltungsseitig vorgeschlagenen Verzichts auf die Erhebung von Elternbeiträgen gab er jedoch zu bedenken, dass von den Eltern der Grundschulkinder Elternbeiträge für die Teilnahme ihrer Kinder am Betreuungsangebot „Schule von acht bis eins“ erhoben würden. Es sei daher nicht einsehbar, warum die Eltern für die Teilnahme ihrer Kinder am Betreuungsangebot „13 plus“ an der Hauptschule keinen Beitrag zahlen sollten. Es handele sich bei beiden Gruppen um Einwohner der Gemeinde Rosendahl.

Darüber hinaus gab Ausschussmitglied Neumann zu bedenken, dass mittlerweile 30 Eltern den Nutzen der Einrichtung erkannt hätten. Würde auch weiterhin eine Teilnahme nichts kosten, so sei eventuell die Kontinuität und Erhaltung der Qualität

nicht gewährleistet. Qualität habe nun einmal ihren Preis. Die WIR-Fraktion sei der Auffassung, dass ein Mindestbeitrag für die Teilnahme festgesetzt werden solle.

Ausschussmitglied Haßler wies darauf hin, dass in Anbetracht der Schwierigkeiten, mit denen die Hauptschule in der heutigen Zeit zu kämpfen habe, ernsthaft darüber nachgedacht werden solle, auf die Erhebung eines Elternbeitrages für die Teilnahme am Betreuungsangebot „13 plus“ zu verzichten.

Bezugnehmend auf den Beitrag von Ausschussmitglied Neumann erinnerte Ausschussmitglied Schenk daran, dass auch für die Teilnahme an dem Angebot „13 plus“ an den Grundschulen derzeit keine Elternbeiträge erhoben würden.

Die CDU-Fraktion würde den Beschlussvorschlag gerne dahingehend ändern, dass zunächst nur für das weitere Schuljahr 2007/2008 auf die Erhebung von Elternbeiträgen verzichtet werde, so Ausschussmitglied Schenk. Diesem Vorschlag schloss sich Ausschussmitglied Kreuzfeld an.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden **Beschluss**:

Auf die Erhebung von Elternbeiträgen für das Angebot „13 Plus“ an der Droste-Hülshoff-Hauptschule wird für das Schuljahr 2007/08 weiterhin verzichtet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Betreuung von Schülerinnen und Schülern in der Grundschule vor und nach dem Unterricht ("Schule von acht bis eins");
hier: Neufestsetzung der Elternbeiträge ab dem Schuljahr 2007/2008
Vorlage: VII/476**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Schenk äußerte seine Bedenken hinsichtlich der Gerechtigkeit der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Neustaffelung der Elternbeiträge, da hierdurch die Bezieher höherer Einkommen deutlich entlastet und die Bezieher niedriger Einkommen belastet würden.

Bürgermeister Niehues stimmte den Ausführungen des Herrn Schenk vom Grundsatz her zu, gab jedoch zu bedenken, dass der Verwaltungsaufwand, der bisher für die Festsetzung und Einziehung der Elternbeiträge betrieben werden musste, nicht mehr zu rechtfertigen sei. Er wies darauf hin, dass an Schulen außerhalb von Rosendahl für die Teilnahme am Betreuungsangebot „Schule von acht bis eins“ teilweise ebenfalls Einheitsbeiträge erhoben würden.

Die SPD könne dem Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form nicht zustimmen, da hier zwischen den beiden Tagesschichten (1-2 und 3-5 Tage) zu große Beitrags-sprünge liegen, so Ausschussmitglied Kreuzfeldt. Die SPD vertrete die Auffassung, dass ein Elternbeitrag von 17,00 € pro Kind für 12 Monate bei freier Entscheidung der Eltern über die Inanspruchnahme des Angebotes angemessen sei. Für Härtefälle solle sich der Beitrag auf 8,50 € pro Monat belaufen, für Geschwisterkinder würde die Hälfte des jeweiligen Elternbeitrages fällig.

Er stellte den Antrag, über den SPD-Vorschlag abzustimmen.

Ausschussmitglied Neumann teilte mit, dass auch die WIR-Fraktion ähnliche Überlegungen angestellt habe wie die SPD-Fraktion. Es sei hier ein Elternbeitrag von

18,00 € pro Monat angedacht worden. Die WIR-Fraktion könne sich jedoch dem SPD-Vorschlag so anschließen.

Seitens der CDU-Fraktion wurde zunächst der Wunsch geäußert, die Entscheidung bis zur nächsten Schul- und Bildungsausschusssitzung zu vertagen, da noch Beratungsbedarf gesehen wurde.

Auf Wunsch von Ausschussmitglied Haßler zogen sich die CDU-Mitglieder zu einer kurzen Beratung zurück, die Sitzung wurde daraufhin für 5 Minuten unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung teilte Ausschussmitglied Schenk für die CDU-Fraktion mit, dass diese den SPD-Antrag mittragen werde.

Der CDU sei wichtig gewesen, bei der Festsetzung der Elternbeiträge die soziale Gerechtigkeit nicht aus den Augen zu verlieren, so Ausschussmitglied Schenk.

Ausschussmitglied Fleige-Völker bat um Ergänzung des SPD-Antrages. Der Beitrag sollte so gestaffelt werden, dass für das zweite Kind einer Familie ein ermäßigter Beitrag von 50 % des für das erste Kind erhobenen Beitrages festgesetzt werde, ab dem dritten Kind einer Familie solle auf die Erhebung eines Beitrages verzichtet werden.

Abschließend ließ Ausschussvorsitzender Kuhl über den Antrag der SPD-Fraktion unter Einbeziehung der Ergänzung von Ausschussmitglied Fleige-Völker abstimmen.

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste folgenden **Beschluss**:

Der Elternbeitrag für die Betreuungsgruppen „Schule von acht bis eins“ an den Rosendahler Grundschulen wird beginnend mit dem Schuljahr 2007/2008 wie folgt festgesetzt:

Regulärer Beitrag: 17,00 €/ Monat für 12 Monate

Ermäßigter Beitrag für Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Hartz IV-Empfänger
8,50 €/ Monat für 12 Monate

Für das 2. Kind beträgt der Elternbeitrag 50 %, für das 3. und jedes weitere teilnehmende Kind wird kein Elternbeitrag erhoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Haushaltsplan für das Jahr 2007
hier: Beratung der Produkte 12 (Grundschule), 13 (Hauptschule), 14 (Sonderschule), 15 (Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte), 17 (Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger), 18(Volkshochschule und sonstige Weiterbildung) und 46 (Förderung von Kindern in Tagesbetreuung)
Vorlage: VII/475

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er schlug vor, die Produkte einzeln zu besprechen und über jeden Teilergebnisplan einzeln abzustimmen. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Produkt 12 – Grundschulen –

Auf entsprechenden Hinweis von Ausschussmitglied Neumann erläuterte Bürgermeister Niehues, dass die Kostenerhöhung bei den Baukosten durch Einsparungen bei der Ersteinrichtung teilweise kompensiert werden solle. Ggf. könne Mobiliar für die offenen Ganztagschulen auch über den Förderverein sowie durch Sponsoring organisiert werden.

Anschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden Beschluss:

Der im Entwurf des Haushaltes 2007 enthaltene Teilergebnisplan für das Produkt

12 Grundschulen

wird dem Rat zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2007 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 13 – Hauptschule –

Bürgermeister Niehues verwies auf den Sachvortrag des Herrn Enting. Herr Enting habe im Rahmen seines Vortrages darauf hingewiesen, dass der alte Computerraum abgängig sei. Er bat die Ausschussmitglieder zu prüfen, ob eventuell dieser ältere Computerraum schon in 2007 neu ausgestattet werden könne.

Auf entsprechende Nachfrage von Ausschussmitglied Schenk erläuterte Herr Enting, dass im Falle der Mittelbereitstellung bereits in der ersten Jahreshälfte 2007 die Vorplanphase starten würde. Die Anschaffung der neuen Computer solle dann zum Schuljahresbeginn 2007/2008 erfolgen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt schlug vor, die Ausschreibung der Computer in der 2. Jahreshälfte 2007 vorzubereiten. Die Lieferung und Zahlung könne dann Anfang 2008 erfolgen. Der zweite Raum würde damit nur für ein halbes Jahr in die Zeit gestellt. Er wies darauf hin, dass die Hauptschule noch über einen weiteren funktionierenden Computerraum verfüge.

Herr Enting wies diesbezüglich darauf hin, dass die Computerräume völlig unterschiedlich genutzt würden. Der neuere Computerraum werde für die Medienbearbeitung genutzt, während der alte Computerraum mehr für technische Zusammenhänge genutzt (Programmierung, CNC, CAD) werde. Die Räume seien nicht austauschbar.

Bürgermeister Niehues schlug vor, das Thema Computeranschaffung im Haupt- und Finanzausschuss neu zu diskutieren. Er werde bis dahin prüfen, ob er zur Finanzierung des Computerraumes an anderer Stelle im Haushalt Einsparungen in entsprechender Höhe vorschlagen könne.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden Beschluss:

Der im Entwurf des Haushaltes 2007 enthaltene Teilergebnisplan für das Produkt

13 Hauptschule

wird an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 14 – Sonderschule –

Auf entsprechende Nachfrage von Ausschussmitglied Fleige-Völker wies Ausschussvorsitzender Kuhl darauf hin, dass bei rückläufigen Schülerzahlen die gleichbleibenden Sachkosten auf weniger Schüler verteilt würden, so dass die Verringerung der Schülerzahlen nicht zwangsläufig eine Reduzierung der Umlagenhöhe nach sich ziehen würde.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schenk bezüglich der Höhe der Umlage für 2007 wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass die Stadt Coesfeld ab dem Jahr 2006 (Abrechnung in 2007) eine Beteiligung an den Personalkosten für den Hausmeister und die Schulsekretärin fordere. Dies sei der Grund, warum die Umlage in 2007 ansteige.

Anschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden Beschluss:

Der im Entwurf des Haushaltes 2007 enthaltene Teilergebnisplan für das Produkt

14 Sonderschule

wird dem Rat zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2007 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 15 – Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte –

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste folgenden Beschluss:

Der im Entwurf des Haushaltes 2007 enthaltene Teilergebnisplan für das Produkt

15 Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte

wird dem Rat zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2007 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 17 – Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger –

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste folgenden Beschluss:

Der im Entwurf des Haushaltes 2007 enthaltene Teilergebnisplan für das Produkt

17 Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger

wird dem Rat zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2007 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 18 – Volkshochschule und sonstige Weiterbildung –

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste folgenden Beschluss:

Der im Entwurf des Haushaltes 2007 enthaltene Teilergebnisplan für das Produkt

18 Volkshochschule und sonstige Weiterbildung

wird dem Rat zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2007 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Produkt 46 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung –

Der Schul- und Bildungsausschuss fasste folgenden Beschluss:

Der im Entwurf des Haushaltes 2007 enthaltene Teilergebnisplan für das Produkt

46 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

wird dem Rat zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2007 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7.1 Entwicklung der Schülerzahlen

Produktverantwortliche Fuchs berichtete über die Entwicklung der Schülerzahlen an den Rosendahler Schulen.

Die Zahlen sind dem Protokoll als **Anlage II** beigefügt.

8 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

9 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Horst Kuhl
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in